



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 329 Postulat Odermatt Markus und Mit. über Energienutzung Baldeggersee / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Markus Odermatt hält an seinem Postulat fest.

Markus Odermatt: Ich danke dem Rat für die Gelegenheit, diesen Vorstoss an meinem letzten Tag selber zu vertreten. Das ist eine grosse Ehre für mich. Der Regierungsrat beantragt für meinen Vorstoss über die Seewassernutzung des Baldeggersees nur die teilweise Erheblicherklärung. Ich bin von der Stellungnahme etwas enttäuscht. Von dieser Regierung erwarte ich mehr Spirit, wenn es um die Energiewende geht. Um die Möglichkeiten für die thermische Nutzung der Seen zu kennen, hat der Kanton das Potenzial an Kälte- und Wärmeenergie der Seen bereits abgeklärt. Im Bericht «Wärme- und Kältenutzung aus dem Sempacher- und Baldeggersee» durch die Eawag wurde klar und deutlich das Potenzial der Wärme- und Kältenutzung hervorgehoben. Dies zeigte die Studie aus dem Jahr 2016. Dieses Vorgehen ist zu begrüßen, und im Seetal sind einige Interessenten darauf aufmerksam geworden. Ich habe bei der Erarbeitung des Vorstosses mit diversen Investoren Kontakt aufgenommen, und sie waren an Projekten sehr interessiert. Zum Spezialfall Baldeggersee: Beim Privatgewässer Baldeggersee finde ich es wichtig, dass der Kanton bei der Pro Natura eine grundsätzliche Diskussionsbereitschaft abholt. Potenzielle Investoren wollen doch vor Beginn einer Machbarkeitsabklärung wissen, ob die Pro Natura überhaupt an den Tisch sitzen will. Es ist notwendig, die grundsätzliche Bereitschaft der Pro Natura zu klären, da dies ein gutes Signal für die Investoren wäre. Im Klimabericht, der im Januar 2021 von der Regierung vorgestellt wurde, will man die fossilfreie Wärme- und Kälteversorgung fördern. Dazu werden Massnahmen definiert, mit denen man die Koordination der Kälte- und Wärmeversorgung ermöglichen und verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren schaffen will. Wir haben die Präsidentin der Pro Natura, Andrea Wyss, über das Projekt informiert. Sie ist gemäss Telefonat grundsätzlich bereit, bezüglich Seewassernutzung des Baldeggersees an einen Tisch zu sitzen. Der Kanton Luzern hat ein innovatives Energiegesetz, welches auf das Ziel «Netto null 2050» ausgelegt ist. Die Regierung soll Verantwortung übernehmen, alle Energieträger berücksichtigen und die nötigen Vorabklärungen treffen. Dass der Entwicklungsschwerpunkt Hochdorf und Römerswil im Richtplan eine grosse Bedeutung für das Seetal hat, ist richtig und wichtig. Mögliche Investoren haben in Zukunft ein grosses Interesse an erneuerbarer Energie, weil diese vom Staat gefördert wird. Es wird in Zukunft dort investiert, wo regionale und erneuerbare Energie genutzt werden kann. Es sind sehr wohl Investoren an einer Seewassernutzung des Baldeggersees interessiert, diese wagen eine Investition aber nicht, weil die Unsicherheit noch gross ist. Dem könnte die Regierung Abhilfe schaffen und sich für eine Vereinbarung mit der Pro Natura starkmachen. Der Baldeggersee ist nun einmal im Besitz einer privaten Organisation. Ich bin der Meinung, dass man der Regierung den

Auftrag erteilen sollte, mit der Pro Natura eine Vereinbarung zu treffen, damit die gleichen Voraussetzungen gelten wie bei den Gewässern, die im Besitz des Kantons sind. Es kann nicht sein, dass jeder Investor und jede Gemeinde um die Gunst der Pro Natura verhandeln muss. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Ruedi Amrein: Die FDP kann die Überlegungen der Regierung in der Stellungnahme nachvollziehen. Sie befürchtet aber, dass man sich bei diesem Vorgehen im Kreis drehen könnte. Die Investoren warten auf Rahmenbedingungen, und die Regierung wartet auf Investoren. Aus diesem Grund vertreten wir die Auffassung, dass die Regierung doch zuerst mit der Pro Natura und den Gemeinden grundsätzliche Fragen klären sollte, so zum Beispiel eine grundsätzliche Zusage der Pro Natura, mögliche Entnahmeorte oder deren Anzahl. Um dieses Drehen im Kreis zu vermeiden, unterstützt die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung des Postulats.

Sandra Meyer-Huwyl: Wie im Klimabericht vom Januar 2021 steht, will der Regierungsrat die nicht fossile Wärme- und Kälteenergie fördern. Dazu definiert er Massnahmen, wie er die Kälte- und Wärmeversorgung koordinieren und verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren schaffen will. Das vorliegende Postulat möchte dies auch. Wenn wir ein so innovatives Energiegesetz umsetzen möchten, welches auf das Ziel «Netto null 2050» ausgelegt ist, müssen wir jede Chance nutzen, um CO<sub>2</sub> einzusparen. Der Baldeggersee ist in privaten Händen. Die Pro Natura ist die Besitzerin des Sees, und das vereinfacht die Situation für mögliche Investoren nicht. Meines Wissens ist die Pro Natura einem Gespräch über die Seewassernutzung des Baldeggersees nicht abgeneigt. Laut den Ausführungen des Regierungsrates besteht seit dem Jahr 1920 eine Seewasserentnahme eines lokalen Unternehmens. Die Abklärung der Eawag im Jahr 2016 zeigt, dass ein grosses Potenzial für die thermische Nutzung im See vorhanden ist. Allenfalls hat dies auch einen positiven Effekt, wenn man dem See Wärme entziehen kann. Auch bei der Bevölkerung rund um den See ist die Energienutzung des Baldeggersees immer wieder ein Thema. Darum bitte ich den Regierungsrat, den Lead zu übernehmen, mit der Pro Natura an einen Tisch zu sitzen und eine Vereinbarung zu treffen, wenn die Pro Natura dazu bereit ist. So kann der Weg für interessierte Investoren geebnet werden. Ein Vorgehen auf kommunaler Stufe ist in dieser Angelegenheit wenig erfolgversprechend. Aus diesen Gründen unterstützt die SVP-Fraktion mehrheitlich die Erheblicherklärung des Postulats.

Sara Muff: Dass es schmerzlich ist, Privateigentum zur Nutzung abzugeben, dessen wird sich der Vorstösser als Landwirt bewusst sein. Diesbezüglich vom Umweltschutzverband Pro Natura das Unterzeichnen einer Absichtserklärung zu fordern, ohne die Planwerte und die ökologischen Auswirkungen zu kennen, ist aus der Luft gegriffen. Dass am Baldeggersee viele Tiere und Pflanzen einen geeigneten Lebensraum finden, verdanken sie nicht zuletzt dem unermüdlichen Wirken der Pro Natura. Dies wird durch die Forderung des vorliegenden Postulats in keiner Weise wertgeschätzt. Nur dank diesen Bemühungen im Natur- und Gewässerschutz und der zurückhaltenden Nutzung der Seeufer gilt der See heute als Naturoase und ist gar Teil des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung. Wie mir die Pro Natura mitgeteilt hat, verschliessen sie sich absolut nicht vor dem im Postulat beschriebenen Vorhaben. Sie stehen Projekten offen gegenüber und signalisieren Gesprächsbereitschaft. Nun aber eine Absichtserklärung zu unterzeichnen, ohne die Auswirkungen auf das Ökosystem zu kennen, stösst auch ihnen sauer auf. Gerade beim Baldeggersee gilt es zum Beispiel gut zu schauen, dass dem Gewässer im Sommer nicht noch mehr Wärme zugeführt wird. Dem vulnerablen Ökosystem fehlt nämlich im Untergrund bereits Sauerstoff, wie wir wissen. Die Standorte müssen gut abgeklärt werden, damit keine nachteiligen Auswirkungen für das Gewässer resultieren, welche etwa den natürlichen Wasserkreislauf oder den Erhalt der natürlichen Lebensräume beeinträchtigen. Ich bin froh, dass dies auch die Regierung in ihrer Stellungnahme so bestätigt. Die SP sieht, dass natürliche Ressourcen für die Energiewende inkludiert werden müssen. Daher unterstützen wir die Stossrichtung bezüglich Nutzung thermischer Potenziale, um CO<sub>2</sub>-arm zu heizen oder zu kühlen. Die SP ist aber der Ansicht, dass die Energiewende ökologisch und sozial verträglich gestaltet werden muss. Die Forderung der Absichtserklärung lehnen

wir entschlossen ab. Über die privatrechtlichen Bedingungen für die Nutzung von Wasser aus dem Baldeggersee müssen sich mögliche Investorinnen mit der Eigentümerin Pro Natura einigen. Die SP-Fraktion wird daher die teilweise Erheblicherklärung im Sinn der Regierung unterstützen.

Andreas Hofer: Der Postulant möchte mit diesem Postulat die Regierung auffordern, eine aktive Rolle bei der Nutzung von Seewasser des Baldeggersees zur Energiegewinnung anzustreben. Markus Odermatt begründet sein Anliegen mit der Energiewende und dem Ziel «Netto null 2050». Aber wieso warten wir eigentlich bis 2050, um dieses Ziel zu erreichen? Wieso warten wir noch ganze 29 Jahre, wenn dieses doch auch viel schneller erreicht werden könnte? Im Weiteren begründet Markus Odermatt seinen Vorstoss mit dem Argument: «Wenn wir bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral sein wollen, muss auf dem Sektor der Heizenergie noch viel mehr geschehen als bisher.» Das will heissen: weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren und klimaneutralen Energien. Richtig so, aber ein Aspekt fehlt mir in der ganzen Diskussion um die Energiewende. Heute und auch in 100 Jahren ist die sauberste und gleichzeitig auch die günstigste Energie die, welche wir gar nicht brauchen. Das heisst, wir müssen viel mehr in die Sanierung von Altbauten investieren und Neubauten nur noch dann zulassen, wenn sie Energie produzieren und nicht verbrauchen. Ich bin aber Realist genug, um zu wissen, dass all diese Massnahmen in einer Übergangszeit nicht ausreichen werden. Damit sind wir wieder beim Postulat von Markus Odermatt. Die Regierung beantragt teilweise Erheblicherklärung, Markus Odermatt hält an seinem Postulat fest. Für mich ist das wie die Frage, was zuerst war, das Huhn oder das Ei. Meine Antwort: Es braucht zuerst ein Huhn, also den Kanton, damit Eier, also Projekte, gelegt werden können. Man kann in der Stellungnahme der Regierung lesen, dass der Kanton bereits viel Vorarbeit geleistet hat. Jetzt geht es noch darum, dass der Kanton mit der Pro Natura das Gespräch sucht und mit der Seebesitzerin festlegt, ob und wie eine Nutzung des Baldeggerseewassers möglich ist. Es ist der richtige Weg, dass der Kanton mit den Fachleuten der Dienststelle Umwelt und Energie mit der Pro Natura die Rahmenbedingungen klärt und dies nicht jede Gemeinde und jeder Investor selber machen muss. Aus diesen Gründen stimmt die G/JG-Fraktion für die Erheblicherklärung des Postulats.

Urs Brücker: Die thermische Nutzung des Baldeggersees macht offensichtlich Sinn, das hat die Studie der Eawag aus dem Jahr 2016 bereits ergeben. Im Vordergrund steht natürlich die Wärmenutzung im Winter und für Warmwasser auch im Sommer und nicht die Kältenutzung, weil der See sonst im Sommer wärmer würde. Das wäre nicht erwünscht. Bis jetzt sieht es gut aus. Man darf nicht vergessen, dass die Hochdorf Swiss Nutrition AG heute schon 1 Million Kubikmeter Kühlwasser braucht, also kann die Erwärmung nicht so stark sein. Das Problem ist, wer den Lead übernehmen soll. Es geht darum, Machbarkeitsstudien zu machen, eine Trägerschaft zu finden und die Initiative zu ergreifen. Es müssen alle zusammen an einen Tisch sitzen: die Gemeinden, die Pro Natura, interessierte Unternehmen und die Versorger, welche sich auch an Machbarkeitsstudien beteiligen. Man muss hier vorwärtsmachen, und ich sehe das Problem nicht. In der Studie muss geklärt werden, wo eine solche Übergabestation am See sein soll. Die Initiative muss ergriffen und eine Trägerschaft gegründet werden. Die Gemeinde Hochdorf sollte hier auch eine tragende Rolle einnehmen. Der Kanton beteiligt sich im Rahmen des Förderprogramms an Machbarkeitsstudien und zahlt bis zu einem Drittel oder 20 000 Franken. Er wird sich auch bei den öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen einschalten im Zusammenhang mit der Trägerschaft und der Pro Natura. Die GLP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung. Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, hier die Initiative zu ergreifen.

Daniel Rüttimann: Mein Vorredner hat gesagt, die Gemeinde Hochdorf müsste hier interessiert sein, und als Gemeinderat von Hochdorf kann ich das bestätigen. Wir sind interessiert an längerfristigen, guten Energielösungen. Die Stellungnahme der Regierung zeigt auf, dass hier die Gemeinden oder die interessierten Unternehmen zuerst aktiv werden sollen. Es müsse doch eine privatrechtliche Sache zwischen Betreiber und Pro Natura sein. Das ist formell sicherlich korrekt, bringt uns aber in dieser Thematik letztlich nicht weiter und

schon gar nicht zu einem Energieziel und einer längerfristigen Win-win-Situation. Gerade die Regierung könnte hier zum jetzigen Zeitpunkt ein wertvoller Türöffner sein. Es hat sich leider gezeigt, dass in der Vergangenheit Verhandlungen mit der Pro Natura schwierig und nicht immer erfolgreich waren. Die Regierung hat mit dem Energieziel «Netto null 2050» einen Auftrag. Jetzt kann sie als Vermittler politisch legitimiert und konkret ein Projekt oder zumindest eine Abklärung auslösen. Die vom Postulanten angeregte zukünftige Seewasserenergienutzung ist zudem doppelt wichtig, einerseits klimapolitisch, andererseits regionalpolitisch. Es braucht hier aber unbedingt Planungssicherheit für die Firmen, was der Kanton mit seinem Koordinationslead und zusammen mit der Pro Natura erreichen könnte. Kantonsrat Andreas Hofer hat dies vorher sehr gut beschrieben. Aus diesen Gründen unterstütze ich die Erheblicherklärung des Postulats.

Bernadette Rüttimann Oehen: Ich bin mit der Stellungnahme der Regierung sehr zufrieden und danke ihr dafür. Mir gefällt jedoch die Formulierung «Unterstützung» im letzten Absatz nicht. In der kantonalen Gewässerschutzverordnung steht unter § 1, dass die Regierung die Oberaufsicht über das Gewässerschutzrecht hat. In § 2 steht, dass das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) die Zusammenarbeit zwischen den Departementen, Dienststellen und Gemeinden fördert und koordiniert. Wie soll ich das als Seetalerin verstehen? Wenn der Baldeggersee Eigentum des Kantons Luzern wäre, würde das BUWD das Energienutzungsprojekt und die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen und den betroffenen Gemeinden Hohenrain, Hochdorf, Römerswil und Hitzkirch fördern und koordinieren. Weil jetzt aber der Baldeggersee leider Privateigentum der Pro Natura ist, erhalten unsere Gemeinden bloss Unterstützung. Das enttäuscht mich. Ich wünsche mir, dass die Regierung alle Teilnehmer gleich behandelt und das Energienutzungsprojekt unabhängig von den Eigentumsverhältnissen fördert und koordiniert.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Mit dem Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik, den Sie nun zur Vernehmlassung erhalten haben, zeigen wir auf, wie der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel im Kanton Luzern gezielt und koordiniert angegangen werden können. Um die Klimaziele zu erreichen, treibt der Kanton den Umstieg auf erneuerbare Energien voran. Dazu gehört auch die thermische Nutzung von Gewässern. Was haben wir in diesem Bereich bereits gemacht? Der Kanton hat bereits das Potenzial an Wärme- und Kälteenergie der Luzerner Seen sowie Rahmenbedingungen für deren Nutzung aufgezeigt. Es sind auch bereits solche thermischen Projekte entstanden, beispielsweise in Horw/Kriens. Auch dort hat der Kanton Unterstützung geleistet. Beim Baldeggersee muss man in einem nächsten Schritt geeignete Gebiete evaluieren. Nach § 5 des kantonalen Energiegesetzes sind die Gemeinden verpflichtet, eine eigene kommunale Energieplanung zu erstellen. Diese soll auch überkommunal abgestimmt werden. Das Gewässerschutzgesetz ist dann die zweite Stufe. Da es um die Energienutzung geht, steht das Energiegesetz im Vordergrund. Die Verpflichtung zur Koordination durch das Gewässerschutzgesetz halten wir ein. Ich habe auch ein Interesse an der thermischen Nutzung. Wir sind uns darin einig, dass wir Seen so weit wie möglich auch zu thermischen Zwecken nutzen wollen. In diesem Sinn nimmt die Regierung das Anliegen auch auf. Wir verstehen uns als wichtigen Partner in diesem Projekt. Es ist aber nicht Aufgabe des Kantons, diese Prozesse selber in die Wege zu leiten, denn letztlich muss das von der Basis her kommen. Es braucht Investoren und Gemeinden. Ich nehme das Thema aber auf, verweise jedoch auf das AKV-Prinzip. Es gibt bei uns Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen. Diese sind in den Gesetzen geregelt. Hier gilt das Energiegesetz. Es geht um die räumliche Planung der Gemeinden, die auch überkommunal abgestimmt werden soll. Deshalb beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung dieses Postulats. Wir unterstützen das Ziel einer thermischen Nutzung des Gewässers. Der Kanton bietet auch seine Unterstützung an bei der Erstellung von Machbarkeitsabklärungen, beispielsweise über das Förderprogramm Energie. Es ist aber nicht Aufgabe des Kantons, bei diesem Thema in den Lead zu gehen, Investoren ins Boot zu holen und die Gemeinden mitzunehmen. Das sollte vor Ort passieren. Aus den Diskussionen nehme ich mit, dass ich mit der Pro Natura, den Gemeinden und weiteren Verantwortlichen einen runden Tisch

einberufen werde. Dort können wir klären, wer welche Aufgaben hat, und das wird das Projekt hoffentlich einen Schritt weiterbringen, was ganz in meinem Interesse wäre. Ich bitte Sie, den Antrag auf teilweise Erheblicherklärung zu unterstützen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 74 zu 37 Stimmen erheblich.